



Hilmar von Lojewski

Städte als Treiber der Transformation

Beiträge zu einer Agenda des Handelns jenseits der Nachhaltigkeit

Lohnt eine weitere Publikation zur urbanen Transformation und zu den Handlungsmöglichkeiten und -pflichten, Beiträge aller Handlungsebenen zur Klimawandelmitigation und -adaption zu leisten? Sollte es nicht langsam Mainstream geworden sein, das Primat des Handelns danach zu richten, was Mitigation und Adaption befördert, Beiträge zur Agenda 2030 liefert und Versprechen der Neuen Urbanen Agenda einlöst? Und das auch messbar zu belegen? Oder müssen wir uns weiter schriftlich darin bestätigen, um uns vor dem Tun in wortreichen Eskapismus zu flüchten?

Zur Lücke zwischen Wissen und Handeln

Das Erfordernis einer Großen Transformation (WBGU 2011 und 2016) ist in der globalen, europäischen, nationalen und lokalen Betrachtung hinlänglich bekannt: akute Gefährdung der natürlichen Ressourcen, Klimawandel und -anpassung, ungleiche Bedingungen beim wirtschaftlichen Austausch, mangelnde soziale, Bildungs- und Gesundheitsgerechtigkeit, demografische Entwicklungen und die Digitalisierung von Lebenswelten. All das macht deutlich: Es bedarf einer einschneidenden Änderung der Handlungsmaximen auch in der Stadt- und Regionalentwicklung, bei der Bauplanung, -ausführung und im Betrieb von Gebäuden und Infrastrukturen, um notwendige Beiträge für diese Transformation liefern zu können. Ausschlaggebend wird die sozial-ökologische Transformation von Städten und Regionen sein.

Das ruft nach einer Veränderung des Wachstumsprimats. Dazu zählt mitunter und insbesondere im globalen Süden die transformative Kraft von Informalität anzuerkennen, zumindest aber (und das auch im globalen Norden) Liefermodi für die Essentials der Daseinsvorsorge (Wohnen, Mobilität, Bildung, Gesundheit) zu schaffen, die von überbordenden gesetzlichen und verfahrensbürokratischen Hindernissen entschlackt sind. Wenn es also einer weiteren Publikation und dieses Artikels bedarf, um einen marginalen Beitrag für den Durchbruch an kollektiver und individueller Erkenntnis über die unabwiesbare Notwendigkeit der Transformation zu leisten – und das alles in einem vergleichsweise kurzen Zeitraum – dann bitteschön.

Warum der Zweifel, alles das, was in der internationalen Wissenscommunity mittlerweile als Mainstream anerkannt wird, noch mal schreiben zu müssen? Weil es erstaunt, dass die Lücke zwischen Erkenntnis über das, was zu tun und dem globalen, nationalen und individuell-konkretem Tun und Unterlassen unverändert groß ist. Dafür gibt es zahlreiche Erklärungsmuster: Es wird versucht, die Frage zu beantworten, „Warum wir nicht tun, was wir für richtig halten?“ (Vierte Konferenz des Denkwerks Zukunft 2016), und es wird Klage geführt über die Macht tradierten Denkens.

Die unzureichenden finanziellen und regulativen Rahmenbedingungen für eine wirksame Transformation werden von Vertretern einer „Technokratie des Wandels“, der der Autor ebenfalls zugeordnet werden kann, sauber aufgeführt. Diese erstellen lange Kataloge aller Voraussetzungen, die erfüllt sein müssen, bis es zum grundlegenden „Kick-off“ der Transformation kommen kann. Auch die verhaltenspsychologische Erkenntnis wird bemüht: Demnach sind die zunehmende Diffusion eines gewissen Sättigungsgefühls und recht komfortabler Lebensverhältnisse für die handelnden politischen und wirtschaftlichen Eliten in großen Teilen der Welt der Orientierung auf Nachhaltigkeitsziele nicht unbedingt förderlich.

Die Reaktionen darauf streuen breit: Schulstreik an Freitagen, Festkleben in der Rushhour, Erbsensuppe auf Expressionisten, Klimanotstandsbeschlüsse in Städten, Konzepte, Planungen, Projekte und Förderanträge der Stadtverwaltungen und ihre unverändert viel zu zeitraubende Administration sowie Publikationen und Artikel wie diese.

Die Transformationsansätze im globalen Norden tun sich unverändert schwer in der unabwiesbaren Umstellung von Handlungs- und Produktionsmustern aus dem unverbindlichen Nachhaltigkeitsnarrativ heraus entlang eines verbindlichen Suffizienzparadigmas. Dieses ist grundlegend durch Verzichtsanstöße kontaminiert. Umso dringlicher ist es, zu demonstrieren, dass Suffizienz nicht mit Verzicht von Notwendigem und Schönerem einhergeht – wohl aber mit Verzicht auf Unnötiges.

Der Beitrag will versuchen, Bausteine der Transformation von Verständnis-, Handlungs- und Produktionsmustern in Bezug auf die Stadt- und Regionalentwicklung und das Bauwesen anzureißen – das muss in diesem Rahmen ein Versuch bleiben. Dieser richtet sich insbesondere auf die Ergänzung des Leitbilds der Nachhaltigkeit und eine strategische Dimension der Suffizienz im Planungs- und Bauwesen. Der Beitrag soll ausdrücklich weniger zum Mehrschreiben als zum Ausprobieren, Experimentieren, Ausrollen, politischen Beschließen und Vielfältigen anregen.



Leitbilder für nachhaltige Stadtentwicklung und suffizientes Bauwesen

Im November 2020 haben sich die EU-Mitgliedsstaaten auf die Neue Leipzig-Charta verständigt (BMI 2020). Sie formuliert konkrete Handlungsdimensionen und Schlüsselprinzipien nachhaltiger Stadtentwicklung und gibt Aufschluss über Grundprinzipien guter Governance und dringende Handlungsbedarfe. Krisenfestigkeit und Innovationskraft in den Städten Europas für aktuelle und zukünftige soziale, wirtschaftliche und ökologische Herausforderungen sollen gestärkt werden. Sie zielt über die Handlungsdimensionen „gerecht, grün und produktiv“ auf die zukunftsfähige Transformation von Städten und Gemeinden. Das ist zusammen mit den Schlüsselprinzipien Gemeinwohlorientierung, integrierter Ansatz, Beteiligung und Koproduktion, Mehrebenenkooperation und Ortsbezug für die drei räumlichen Ebenen Quartier, Gesamtstadt und Stadtregion fraglos eine folgerichtige Zielsetzung.

Sie bestätigt uns in dem, was die Planungsdisziplinen spätestens seit der Leipzig-Charta 2007 vertreten und praktiziert haben und fordert zu noch wirkungsvollerem Handeln auf. Ist das aber die nötige Ruptur oder der gebotene Kurswechsel, die angesichts der Herausforderungen erforderlich sind? Vermag sie die Transformation zu klimafreundlichen Städten und Regionen zu befördern? Fraglos steht die Neue Leipzig-Charta in der Kontinuität ihrer Vorläuferin und muss sich auf die eher generischen Grundlinien einer EU-weit anschlussfähigen Zielvereinbarung beschränken. Und doch steht sie auch stellvertretend für ein gemeinsames Verständnis der Fachdisziplinen des Planungs- und Bauwesens zum „zwar besser, aber in den Grundzügen doch weiter so“, anstatt erforderliche Brüche zu identifizieren, deutlichen Richtungswechseln nachzuspüren und hierfür Lösungen aufzuzeigen.

Das Bauwesen hat im Vergleich dazu deutlicher einem Paradigmenwechsel nachgespürt: Der Bund der Architektinnen und Architekten (BDA) hat sich dem Nachhaltigkeitsthema vergleichsweise früh verschrieben und den notwendigen Mut zur Kursänderung aufgebracht – zwar auch generisch, aber doch sehr deutlich und tief in die Profession hineinwirkend. Das Klimamanifest von 2009 hat bereits eine Reihe Themen des nachhaltigen und suffizienten Bauwesens behandelt (BDA 2009). Es wird eine ressourcenschonende Architektur und Ingenieurbaukunst eingefordert und auch definitorisch hinterlegt.

Das „Haus der Erde – Positionen für eine klimagerechte Architektur in Stadt und Land“ verstärkt diesen Ansatz (BDA 2019). Er wird verbunden mit einer politischen Anforderung zu einer klimagerechten Architektur in Stadt und Land. Demnach muss Bauen vermehrt ohne Neubau auskommen, alle zum Bauen benötigten Materialien müssen

vollständig wiederverwendbar oder kompostierbar sein und statt energieintensiv erzeugter Materialien, wie Beton und Stahl „soll der Schwerpunkt auf natürlichen Materialien, wie Stein, Holz und Lehm, liegen. Dem folgt auch der aktuelle Ansatz der Bundesarchitektenkammer in der Deklaration der „Phase Nachhaltigkeit“ (BAK 2019). Das Ziel lautet, die Transformation der aktuellen Planungs- und Baukultur hin zum nachhaltigen Bauen als „Neues Normal“ zu begreifen. Das setzt sich aus den sechs Handlungsbereichen Suffizienz, Klimaschutz, Umwelt, zirkuläre Wertschöpfung, positive Räume und Baukultur zusammen.

Damit hätte das Nachhaltigkeits- und Suffizienzthema für das Planungs- und Bauwesen eigentlich erschöpfend behandelt sein können. Die immanenten Ansprüche an die und in der Profession sehen jedoch im Wesentlichen das Neu- und Weiterbauen vor. Die Nachhaltigkeitsziele konnten auch in der vergangenen Dekade weder vollständig noch zufriedenstellend erfüllt werden. Zu deutlich weicht der Mainstream im Planungs- und Bauwesen von den Nachhaltigkeitszielen ab, noch zu orchideenhaft muten die unbestritten gut geplanten und gebauten Beispiele an (Wékel et al. 2016 und 2018). Zudem sind Nachhaltigkeit und Klimaschutz beim Planen und Bauen auch in Deutschland trotz aller Selbstverpflichtungen, energetischen Regulative und angebotenen Instrumente zur Zertifizierung nachhaltiger Exzellenz noch nicht über ein juveniles Pilotstadium hinausgewachsen. Nach der COVID-19-Pandemie und angesichts der Polycrisis (Energie, Lieferketten, Inflation, chronische Investitionsdefizite, gestresste Kommunalhaushalte) könnte sogar der erreichte Stand nun wieder verloren gehen.

Was heißt das, übertragen auf Raum-, Stadt- und Landschaftsentwicklung, Landschafts- und Stadtplanung, Städte- und Landschaftsbau sowie das Verkehrs-, Bau- und Wohnungswesen? Ist es überhaupt richtig, globale Entwicklungsphänomene über diese ingenieurwissenschaftlich konnotierten Disziplinen zu versuchen, in den Griff zu bekommen? Denn diesen ist es eben in erster Linie eigen, Flächen nutzen, Planen und Bauen zu wollen, anstatt sich auf das Erhalten und Erneuern zu beschränken. Geht es vielmehr um soziale, ökologische und gesamtgesellschaftliche Weichenstellungen weit jenseits des täglichen Schaffenshorizonts der Planungs- und Baudisziplinen in den Städten? Oder ist das eine subtile Form der Selbstexkulpation davon, dass auch wir als Vertreter und Sachwalter dieser Disziplinen Verantwortung übernehmen müssen?

Und noch mehr Fragen zu den Leitbildern: Welche Entwicklungen beschleunigte die Pandemie und beschleunigt aktuell die Polycrisis? Trägt das Paradigma der Transformationswissenschaft? Danach müssten wir jenseits des vielbemühten Leitbilds der Resilienz handeln. Das heißt, nicht nur nach der Krise wieder in einen stabilen Zustand einschwingen, sondern besser aus der Krise herauskommen, als wir hineingeraten



sind. Dazu zählt insbesondere, auf dem Transformationspfad ein paar entscheidende Schritte weiter voranzukommen. Und schließlich, um den Betrachtungsrahmen für diesen Beitrag gleich wieder einzugrenzen: Müssen wir unsere bisherigen Nachhaltigkeitsziele der Stadtentwicklung und im Bauwesen überdenken? Haben wir es uns vielleicht zu gemütlich eingerichtet in dem mittels eingeübter Abwägung auszufüllenden Nachhaltigkeitsdreieck mit seinen wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Belangen? Ist uns hinreichend bewusst, dass wir in diesem Jahrhundert den klimatischen Kippunkt erleben könnten, zumindest aber deutlich die Leitplanken des wissenschaftlich definierten Korridors für einen womöglich noch halbwegs kontrollierbaren Klimawandel durchbrechen, wenn wir nicht massive Anstrengungen beim Umsteuern unternehmen, damit „das Haus der Erde“ bewahrt wird?

Seitdem klar ist, dass die Pandemie und womöglich mehr noch die Polycrisis sich auch auf die Raum-, Stadt- und Baubelange auswirken wird, ist die Diskussion befeuert. Als Quintessenz ergeben sich Themen, die vertiefter Behandlung bedürfen: Dazu zählen u. a.

- der Umgang mit Dichte
- die Qualifizierung von öffentlichen Räumen, Grün- und Freiräumen sowie der quantifizierbare und qualifizierbare Nachweis, dass Stadt- und Landschaftsplanung die „doppelte (oder gar dreifache) Innenverdichtung“ (Umweltbundesamt 2022) auch wirklich liefern
- die Diversifizierung von Stadtzentren und Stadtteilzentren infolge der tiefgreifenden Krise von Einzelhandel und das Aufgreifen neuer „Möglichkeitsräume“ infolge des Leerfallens von Nutzungen
- die Digitalisierung von Routineverwaltungsdienstleistungen, die Interaktion von kommunalen Verwaltungen und Trägern öffentlicher Belange, die wechselseitige Kommunikation zwischen Verwaltung und Öffentlichkeit und die Vorbereitung, Durchführung von Planungs- und Bauleistungen sowie der Betrieb des baulichen und infrastrukturellen Bestands auch mittels digitaler Planungs-, Präsentations- und Austauschformate und KI-basierter Anwendungen.

Das ist eigentlich genug Arbeitsprogramm und verspricht pralle Zielvereinbarungen und volle Auftragsbücher für öffentliche Verwaltung, Planungs- und Beratungsbüros, zumindest in der laufenden Dekade. Vor der Klammer aber muss eingedenk der Erfahrungen der letzten Monate und Jahre ein modifiziertes Nachhaltigkeitsmodell stehen. Denn ohne ein erweitertes Modell liefe auch das Planungs- und Bauwesen Gefahr, in Kontinuitäten zu verharren oder nicht schnell und entschieden genug auf den Transformationspfad einzubiegen. Das würde das Erreichen der Klima- und Nachhaltigkeitsziele einschließlich der qualitativen Ziele der New Urban Agenda (UN 2016) sowie der Neuen Leipzig-Charta „nachhaltig“ gefährden.

Von der Nachhaltigkeit zur Suffizienz

Das Nachhaltigkeitsdreieck ist seit Mitte der 1990er Jahre befördert durch die Publikation der Grenzen des Wachstums 1972, den Brundtland-Bericht 1987 und die erste Rio-Konferenz 1992 umfassend verwendet und leider zusehends pervertiert worden. Es dient inzwischen so gut wie allen Produkten als Legitimation ihrer Existenz. Alles ist nachhaltig, alles wähnt sich im Gleichgewicht von wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Belangen. Die Coronapandemie und die Polycrisis haben gezeigt, dass es mit Blick auf die anhebenden ökonomischen Stützungs- und Hilfsprogramme ebenfalls weitgreifend bemüht wird – allerdings ohne die Maßnahmen tatsächlich an den einschlägigen Nachhaltigkeitskriterien geschweige denn anhand der Indikatoren der Agenda 2030 und ihrer Sustainable Development Goals abzutüpfeln. Es besteht die Gefahr, dass auch zukünftig und insbesondere in Verbindung mit dem Einsatz ganz erheblicher öffentlicher Mittel Nachhaltigkeit etikettiert wird, ohne dass Programme, Projekte und Unterstützungsleistungen tatsächlich nachhaltig sind.

Das entspricht dem Bild, dass das Nachhaltigkeitsdreieck von vornherein ungleichgewichtig ansetzt und realistischere Weise nie ins Gleichgewicht gelangen kann – 250 Jahre lang hat die Marktwirtschaft an der wirtschaftlichen Ecke des Dreiecks gezogen. Das hat genauso Wirkung gezeitigt, wie 125 Jahre des Ziehens der Vertreter der Belange des Sozialwesens am sozialen Winkel des Dreiecks. Beide standen seit Menschengedenken über den ökologischen, Umwelt- und ohnehin den Klimaschutzbelangen. An diesen zieht die Wissenschaft zwar bereits seit Alexander von Humboldts und Max Webers Zeiten und auf Grundlage des Wirkens der frühen Klimatologen Tyndall, Arrhenius, Callendar und Hermann Flohn¹; halbwegs wirksam aber ist der Zug an den ökologischen und klimatologischen Belangen erst in den letzten 30 Jahren geworden.

Erst mit den jüngsten alarmierenden Feststellungen des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC), Klimaprotesten und Wahlergebnissen beginnt sich tatsächlich, auch politisches Handeln entscheidender zu bewegen – die Diffusionsgeschwindigkeit von Erkenntnis in Gesellschaft und Politik bleibt auch fast 300 Jahre nach dem postulierten Primat der Aufklärung durch Immanuel Kant und über 300 Jahre nach dem sinngemäßen Leitsatz von Hans-Carl von Carlowitz, wonach der Natur nicht mehr entnommen als hinzugefügt werden dürfe, verblüffend langsam. Bislang braucht es 30 Jahre von breiter Erkenntnis wissenschaftlich belegter Fakten bis zum politischen Handeln. Inzwischen aber hätte dieser Zeitraum längst auf ein Zehntel reduziert werden müssen.

¹ Zur Wissenschafts- und Erkenntnisgeschichte des Klimawandels siehe z. B. <https://www.umweltbundesamt.de/themen/klima-energie/klimawandel/klima-treibhauseffekt#grundlagen>, zuletzt aufgerufen am 03.03.2023



Denn angesichts der Feststellung des IPCC, dass der Verbrauch des weltweiten CO₂-Kontingents so schnell fortschreitet, dass der Ausstoß von Treibhausgasen bis 2050 null erreichen muss, stellt sich die simple Frage: Muss nicht mit überproportionaler Anstrengung die sich nach der Pandemie und in der Polycrisis bietende Chance geänderten Konsum-, Reise- und Arbeitsverhaltens genutzt und in den nächsten Jahren und Dekaden am ökologischen Winkel des Nachhaltigkeitsdreiecks gezogen werden, um es überhaupt halbwegs wieder gegenüber den bislang Übergewichteten Belangen ins Gleichgewicht zu bringen? Oder bedarf es eines anderen Leitbilds, weil naheliegenderweise weder die wirtschaftlichen noch die sozialen Belange ins Hintertreffen geraten dürfen, auch wenn die ökologischen Belange überproportional stärker betont werden sollen?

Eine Lösung für dieses Dilemma, das Nachhaltigkeitsdreieck ins Gleichgewicht zu bringen, eröffnet die Suffizienzstrategie. Sie hat das Potenzial, Nachhaltigkeit wirksam zu ergänzen. Sie besteht, ähnlich dem Nachhaltigkeitsdreieck, aus drei Faktoren: Effizienz, Konsistenz und Adäquanz. Die Effizienz richtet sich auf eine ergiebigere Nutzung von Materie und Energie, also auf die Produktivität von Ressourcen. Die Konsistenz richtet sich auf naturverträgliche Technologien, die die Stoffe und die Leistungen der Ökosysteme nutzen, ohne sie zu zerstören. Die Adäquanz schließlich richtet sich auf einen geringeren Ressourcenverbrauch durch eine Verringerung der Nachfrage nach Gütern und bewussteren Konsum, der sich nicht mehr nach Verfügbarkeit, sondern nach Bedarf richtet.

Das Modell mündet damit in einem praxisgerechteren und ehrlicheren Verständnis der Nachhaltigkeit: Ressourcen schonen, anders produzieren sowie gerechter verteilen und weniger verbrauchen. Das eingeführte Nachhaltigkeitsdreieck lässt sich mit den operativ angelegten Dimensionen der Suffizienz „besser – anders – weniger“ zusammenführen. Hieraus entsteht ein „Doppeldreieck“, das seine Basis in Kultur, Werten und Identität findet und die Kombination von Nachhaltigkeitszielen und Suffizienzkriterien abbildet.

Diese müssen jedoch deutlich zurechen- und messbarer ausgestaltet sein, als es bislang mit der Beliebigkeit des Nachhaltigkeitsdreiecks der Fall ist. Auch das Suffizienzdreieck soll natürlich vielfältig anwendbar sein – es erlaubt nur kein Lavieren mehr zwischen den Faktoren, sondern muss zur Bedienung seiner Faktoren mit konkreten Entscheidungen einhergehen. Im Falle des Planens und Bauens geht es um konkrete Entscheidungen zum Flächenverbrauch, zum Umgang mit Flächen, zum Neubauen, Erweitern, Erneuern oder im Bestand Erhalten, um harte Daten zur Materialität, zu Produktions- und Verbrauchsaufwänden, Zurechenbarkeit und Messbarkeit. Damit wird das bisherige Leitbild der Nachhaltigkeit operativer ausgerichtet. Ziel muss es sein, die Suffizienz mit dem Leitbild der Nachhaltigkeit und den Sustainable Development Goals (SDG) als Referenzrahmen zu verbinden. Das bedeutet, das städtische Handeln und hier insbesondere die Stadtentwicklung und das Bauwesen deutlicher an den Zielen der Agenda 2030 und an den Kriterien der Konsistenz, Effizienz und Adäquanz zu orientieren.

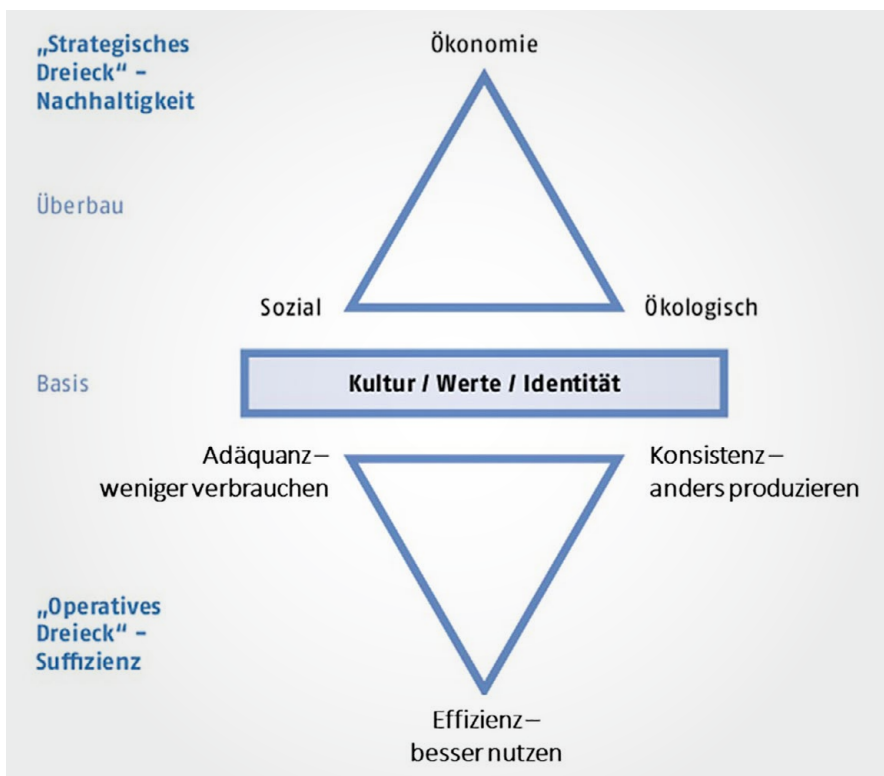


Abb. 1: Nachhaltigkeits- und Suffizienzdreieck (Quelle: Lojewski 2022, S. 209, angepasst)

Das Lastenheft der planenden und bauenden Disziplinen

Das Lastenheft des Planungs- und Bauwesens ist voll. Planen und Bauen kann und muss Beiträge für das Erreichen der Nachhaltigkeits- und die Klimaschutzziele leisten. Daher müssen diese Ziele und die für ihr Erreichen definierten Indikatoren auch unmittelbar Anwendung auf das Planungs- und Bauwesen finden. Die Emissionen der zehn am meisten Klimagase emittierenden Länder mit zwei Drittel der Weltgesamtemissionen müssen auf null gesenkt und absehbar ins Negative verkehrt werden. Deutschland liegt bei den Emissionen mit einem Anteil von 2 Prozent auf Platz 6 – das heißt, Planen und Bauen müssen absehbar sogar einen Beitrag dazu leisten, Klimagase zu absorbieren. Das Erreichen der Klimaschutzziele 2030/2045/2050



und ein wirksamer Ressourcenschutz werden nur mit dem Planungs- und Bauwesen zu erreichen sein. Die anderen Sektoren haben in Teilen geliefert (Industrie, Energieerzeugung) oder tun sich noch deutlich schwerer (Verkehr, Landwirtschaft). Der Gebäudesektor ist gefordert, seine Emissionen von 118 Mio. t CO₂-Äquivalent im Jahr 2020 allein bis 2030 auf 67 Mio. t zu reduzieren. Das bedeutet eine weitere Reduzierung in Höhe von über 43 Prozent (Bundesministerium für Umwelt 2021).

Haushaltsengpässe, Personalmangel und Aufgabenzuwachs machen die Aufgabe, Projekte und Bauvorhaben zu planen, durchzuführen und zu betreiben sowie den Mittelabfluss zu organisieren, immer komplexer. Die Städte bleiben zumindest in Deutschland allen Herausforderungen zum Trotz vergleichsweise starke Akteurinnen in der Vorbereitung privater Investitionen und mit einem Investitionsvolumen von über 25 Mrd. Euro pro Jahr auch größter öffentlicher Bauherr. Sie unterliegen erheblichem Handlungsdruck für die Ausweisung neuer Baugebiete, das Setzen von Leitplanken für die private Bau- und Immobilienwirtschaft sowie bei der Erneuerung, Ertüchtigung und dem Neubau kommunaler Bauvorhaben.

Seit geraumer Zeit sind die üblichen Ansprüche an das öffentliche Planungs- und Bauwesen – kostengerecht, termintreu, effizient und rechtssicher – durch das Querschnittsthema Nachhaltigkeit und Klimaschutz ergänzt. Zu den Herausforderungen treten in der Stadtplanung ergänzende Anforderungen u. a. an das Flächensparen, die Innenverdichtung von baulichem Bestand, grüne und blaue Infrastruktur, die Nachnutzung von Brachen und die Sanierung von Beständen. Im baulichen Bereich geht es u. a. um die nachhaltige Planung, Durchführung, den Betrieb, die Erneuerung und den Rückbau baulicher Strukturen sowie um die Nachhaltigkeit der Baustoffherstellung („graue Energie“) bzw. Baumittelverwendung. Auch und gerade die Wiederverwendungsfähigkeit der Materialien muss berücksichtigt werden.

Für eine nachhaltige, klimagerechte und suffiziente Stadt- und bauliche Entwicklung gibt es keine Blaupause. Lösungen müssen sich dem Ort, der Topografie, dem herrschenden Klima und den absehbaren Veränderungen, existierenden und entwickelbaren Infrastrukturen, den jeweiligen Strukturen von Government und Mustern der staatlichen und städtischen Governance und nicht zuletzt den wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnissen anpassen. Postpandemie und Polycrisis bieten die Chance, diesen Transformationsprozess mithilfe deutlicher Effizienzsteigerung, grundlegend geänderter Produktionsmuster und sich wandelnden Konsumverhaltens eher in den gesellschaftlichen Mainstream zu überführen, statt das deutlich verfälschte Verständnis von Nachhaltigkeit zu perpetuieren.

Das erfordert ein neues Verständnis bei Planung, Bau und Betrieb privater und öffentlicher Gebäude und Infrastrukturen, die Erstellung verbindlicher Sanierungsfahrpläne und eine Umstellung auf die Betrachtung der gesamten Lebenszykluskosten. Für die Entscheidungen zwischen Bestandserneuerung, Bestanderweiterung und Neubau wird das Paradigma der Suffizienz im Planungs- und Bauwesen herangezogen werden müssen.

Suffizienz als Prinzip für planungs- und baupolitisches Handeln

Das Suffizienzparadigma ist für die öffentliche Baupraxis gar nicht unbedingt neu: Die grundsätzliche Darstellung der Verschränkung von Nachhaltigkeit und Suffizienz ist bereits 2008 veröffentlicht worden (Bauer 2008), die zugrundeliegenden Überlegungen liegen bereits zwei Jahrzehnte zurück. Vertiefende Überlegungen zur Einbeziehung von Suffizienz im Bauwesen werden seit ca. zehn Jahren durch das Wuppertal Institut, die Deutsche Bauzeitung und den BDA angestellt. Unter dem Titel „Besser Anders Weniger“ wurde zum Thema „Suffizienz in der Baukultur“ bereits 2014 ein Kongress veranstaltet (Wuppertal Institut, Uwe Schneidewind 2014). Primat war, „bei der Planung intelligent, zurückhaltend und schonend mit Material und Fläche umzugehen“. Eine pointierte Darstellung zur Suffizienz liefert aktuell die Beantwortung der Frage „Wie wird weniger genug“: Demnach bedeutet, Suffizienz zu ermitteln, welche Bedarfe es gibt, und zu definieren, wie viele Ressourcen für dieses Bedürfnis zur Verfügung stehen. Dabei darf es kein Saldo in der Ressourcenbilanz geben (Böcker et al. 2020).

Für das Planen und Bauen sind die Konsequenzen so eindeutig wie einschneidend: Bestandserhalt und -erneuerung wird höher zu gewichten sein als und genauso honoriert werden müssen wie Bestanderweiterung oder Neubau. Im Ergebnis wird es bereits kurzfristig darum gehen müssen, eine Entscheidungskaskade zur „neuen Normalität“ des Planens und Bauens anzuwenden: Diese sieht in der ersten Stufe Bestandserhalt und -erneuerung vor. Erst, wenn die objektiv nachgewiesenen funktionalen, energetischen und gestalterischen Anforderungen nicht mehr im erneuerten Bestand erfüllt werden können, wird es in einer zweiten Stufe um Bestanderweiterung gehen können. Und erst, wenn auch eine Bestanderweiterung den genannten Anforderungen nicht genügen sollte, kann in einer dritten Stufe Neubau als „ultima ratio“ stehen – und das am liebsten bereits seit gestern.

Die Entscheidungen zwischen Bestandserhalt und -erneuerung, Bestanderweiterung und Neubau werden sich an messbaren Parametern und verbindlichen Zertifizierungsmethoden orientieren müssen. Vor Beginn des Planungsprozesses stellen sich vorhabenkritisch also folgende Fragen:



Abb. 2: Herausforderung: Umgang mit endlichen Ressourcen und Kriterien für nachhaltiges Bauen (Foto: Jost)

- **Bedarfsfrage:** Wird der Raum wirklich gebraucht, bzw. lassen sich durch bessere Organisation andere Lösungen im Sinne der Suffizienz finden?
- **Funktionsfrage:** Welche Funktionen können gemeinschaftlich organisiert, welche müssen unabweisbar sozialitär oder individuell organisiert werden?
- **Quantitätsfrage:** Wie viel Raum ist wirklich erforderlich, und wie kann dieser optimal genutzt und gestaltet werden?
- **Bestandsfrage:** Was lässt sich vom Vorgefundenen erhalten, was wird sinnvollerweise neu hinzugefügt?

Außerdem müssen neue Ansätze für einen zukunftsweisen, verantwortbaren Umgang mit endlichen Ressourcen angewendet werden. Das umfasst z. B. Gebäude als Rohstoffdepots („Buildings as material banks“²), Städte als sogenannte „anthropogene Lagerstätten“³ (Urban Mining) zu betrachten und das kreislaufgerechte Bauen bzw. die Wiederverwendungsfähigkeit („Cradle-to-Cradle“, C2C) in den Mainstream des Bauens zu bringen.

Indikatoren der Suffizienz als Maßstab für das Planen und Bauen

Das Erreichen der Nachhaltigkeits- und Suffizienzziele im Planungs- und Bauwesen ist genauso wie Budgetziele, Zeitziele usw. anhand von geeigneten Kriterien zu messen. Für das Messen der Nachhaltigkeitsziele hat eine Arbeitsgemeinschaft von Bertelsmann Stiftung, kommunalen Spit-

zenverbänden, dem Deutschen Institut für Urbanistik und dem BBSR SDG-Indikatoren für Kommunen entwickelt (Bertelsmann Stiftung et al. 2020). Diese bilden zwar nicht explizit Kriterien für nachhaltiges und suffizientes Bauen ab, lassen sich aber weiter für diesen Zweck herunterbrechen. Dennoch wird es für die städtebauliche Entwicklung anders als für das Bauwesen schwierig bleiben, valide Suffizienzkriterien zu entwickeln und die hierfür erforderlichen Daten zu erheben. Als maßgebliche Kriterien könnten das Vermeiden von Flächeninanspruchnahme und CO₂-Ausstoß herangezogen werden.

Zur Bewertung im Bauwesen können die Kriterien für nachhaltiges Bauen (BBSR 2019) oder der DGNB (2020a und 2020b) eingesetzt werden; Erstere wegen des Fehlens expliziter Indikatoren für die Suffizienz im Bauwesen nur eingeschränkt, Letztere mit durchaus weiterführenden Indikatoren, die Suffizienz abbilden können. Des Weiteren hat die DGNB ein Rahmenwerk für die Definition der Klimaneutralität von Gebäuden und Quartieren entwickelt und bietet Reports und Leitfäden zu den Themen Kreislaufwirtschaft, Bauen im Kontext der SDGs oder klimapositives Bauen an. Die Wissensstiftung, die nach dem Motto „Die Welt zu retten, ist nicht einfach. Doch mit dem richtigen Wissen wird es zumindest leichter“ operiert, bietet kostenfrei Wissensbausteine rund um das nachhaltige Bauen inklusive Tools und Leitfäden an (Wissensstiftung o. D.). Diese sind auch geeignet, Suffizienzziele abzubilden und Aufschluss zu geben über eingesparte Ressourcen gegenüber einer konventionellen Planung in Bezug auf Flächeneinsparungen, Energieeinträge und -verbräuche beim Bau, des Bauwerks und des Bauwerks über seinen Lebenszyklus hinweg. Hierzu zählen auch Nutzungsgewinne, beispielsweise durch Mehrfachnutzung, Multifunktionalität sowie Gestaltungs- und Nutzungsqualität durch entsprechende Zertifizierung oder qualitative Kriterien.

² Zu Gebäuden als „Materialbanken“ siehe <https://www.bamb2020.eu/about-bamb/>, zuletzt abgerufen am 03.03.2023

³ Zu Städten als anthropogenen Lagerstätten und dem „Gold der Städte“ siehe <https://www.umweltbundesamt.de/themen/abfall-ressourcen/abfallwirtschaft/urban-mining/das-anthropogene-lager#das-anthropogene-lager-als-sekundaerrohstoffquelle> mit zahlreichen Publikationen, zuletzt abgerufen am 03.03.2023

Fazit

Der Beitrag begibt sich absichtsvoll jenseits der dringend und unverändert gebotenen Qualitätsdiskussion. Er fordert von den Planungs- und Baudisziplinen Beiträge ein, die die dehnbaren Nachhaltigkeitsparameter messbar quantifizieren und nachvollziehbar qualifizieren. Das Suffizienzprinzip ist mit den Anforderungen an Entwurfs-, Gestaltungs- und Nutzungsqualitäten des Bestands, der Erweiterung oder des Neubaus zu verschränken. Allen Formen des Planens und Bauens werden neue Qualitäten innewohnen müssen, um den Ressourcenverbrauch überhaupt noch rechtfertigen zu können. Diese liegen in der Flächeneffizienz und -effektivität sowie der Mehr- und Vielfachcodierung von gestalteten Innen- und Außenräumen und ihrer Nach- und Neuverwendungsfähigkeit nach Ablauf ihrer Lebensdauer. Suffizienz, Planungs- und Baukultur können sich so zu einem tragfähigen und messbaren Nachhaltigkeitsverständnis für das Planen und Bauen in Städten und Regionen fügen.

Entscheidend aber wird aktuell sein, die Anforderungen an nachhaltiges und suffizientes Bauen in den Städten und Regionen in einen politischen Auftrag zu überführen, um ihnen höhere Verbindlichkeit zuzumessen. Die Anforderungen sollen nicht mehr fakultativ eingehalten werden und einem breiten Ermessensspielraum unterliegen – sie müssen für den gebotenen Beitrag des kommunalen Planungs- und Bauwesens zum Klima- und Ressourcenschutz in Zukunft erfüllt werden. Das bedarf politischer Grundsatz- und planungs- wie vorhabenbezogener Durchführungsbeschlüsse. Diese erfordern politische Mehrheiten in den Städten. Hierfür muss im Vergleich zu sonstigen politischen Entscheidungsprozessen ein Maß an Einsicht und Überzeugung gegenüber widerstreitenden Belangen greifen, wie wir es in der gebotenen Geschwindigkeit und Entschiedenheit bislang nicht häufig erleben konnten. Ansonsten könnten genügend entgegenstehende Belange geltend gemacht werden, die bei kurzfristiger Betrachtung dem Suffizienzprinzip beim Planen und Bauen entgegenstehen.



Hilmar von Lojewski

seit 2012 Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bauen, Wohnen und Verkehr für den Städtetag Nordrhein-Westfalen und den Deutschen Städtetag, Köln/Berlin

Quellen:

BAK – Bundesarchitektenkammer (2019): Phase Nachhaltigkeit, siehe <https://www.bak.de/presse/aktuelles/phase-nachhaltigkeit-gestartet/>, zuletzt abgerufen am 03.03.2023

Bauer, Steffen (2008): Leitbild der nachhaltigen Entwicklung, in: Bundeszentrale für Politische Bildung bpb – siehe <https://www.bpb.de/izpb/8983/leitbild-der-nachhaltigen-entwicklung?p=all>, zuletzt abgerufen am 03.03.2023

BBSR – Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (2019): Leitfa-den Nachhaltiges Bauen/Zukunftsfähiges Planen, Bauen und Betreiben von Gebäuden, 3. aktualisierte Auflage, siehe Website zu BNB <https://www.bnb-nachhaltigesbauen.de/bewertungssystem.html> und Publikation https://www.bnb-nachhaltigesbauen.de/fileadmin/publikationen/BBSR_LFNB_D_190125.pdf, beide zuletzt abgerufen am 03.03.2023

BDA – Bund Deutscher Architektinnen und Architekten (2009): Vernunft für die Welt, Manifest der Architekten, Ingenieure und Stadtplaner für eine zukunftsfähige Architektur und Ingenieurbaukunst, siehe <https://www.bda-bund.de/2009/12/das-klima-wird-zum-manifest/>, zuletzt abgerufen am 03.03.2023

BDA – Bund Deutscher Architektinnen und Architekten (2019): Das Haus der Erde – politisch handeln, Politische Aufforderungen für eine klimagerechte Architektur in Stadt und Land, siehe https://www.bda-bund.de/wp-content/uploads/2021/01/2020_BDA_DasHausDerErde_PolitischHandeln_Einleger_Monitor.pdf, zuletzt abgerufen am 03.03.2023

Bertelsmann Stiftung et al. (2020): SDG-Indikatoren für Kommunen/Indikatoren zur Abbildung der Sustainable Development Goals der Vereinten Nationen in deutschen Kommunen, siehe <https://www.staedtetag.de/themen/sdg-indikatoren-kommunen-nachhaltigkeitsmanagement>, zuletzt abgerufen am 03.03.2023

BMI – Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (2020): Die Neue Leipzig Charta, siehe <https://www.nationale-stadtentwicklungspolitik.de/NSPWeb/DE/Initiative/Leipzig-Charta/Neue-Leipzig-Charta-2020/neue-leipzig-charta-2020.html>, zuletzt aufgerufen am 03.03.2023

Böcker et al. (2020): „Wie wird weniger genug? Suffizienz als Strategie für eine nachhaltige Stadtentwicklung“, siehe <https://www.oekom.de/buch/wie-wird-weniger-genug-9783962382766>, zuletzt abgerufen am 03.03.2023

Bundesministerium für Umwelt (2021): Novelle des Klimaschutzgesetzes beschreibt verbindlichen Pfad zur Klimaneutralität 2045, siehe <https://www.bmu.de/pressemitteilung/novelle-des-klimaschutzgesetzes-beschreibt-verbindlichen-pfad-zur-klimaneutralitaet-2045/>, zuletzt aufgerufen am 03.03.2023

DGNB – Deutsche Gesellschaft für Nachhaltiges Bauen (2020a): Rahmenwerk für klimaneutrale Gebäude und Standorte, siehe <https://www.dgnb.de/de/themen/klimaschutz/rahmenwerk/index.php>, zuletzt abgerufen am 03.03.2023

DGNB – Deutsche Gesellschaft für Nachhaltiges Bauen (2020b): Toolbox Klimaneutrales Bauen, siehe <https://www.dgnb.de/de/themen/klimaschutz/toolbox/>, zuletzt abgerufen am 03.03.2023

Umweltbundesamt (2022): Dreifache Innenentwicklung – Definition, Aufgaben und Chancen für eine umweltorientierte Stadtentwicklung, Dessau-Roßlau, siehe <https://www.umweltbundesamt.de/publikationen/dreifache-innenentwicklung>, zuletzt abgerufen am 03.03.2023

Vierte Konferenz des Denkerwerks Zukunft (2016): Warum wir nicht tun, was wir für richtig halten. Über die Macht tradierten Denkens, siehe Denkerwerkzukunft – 4. Konferenz, zuletzt aufgerufen am 30.5.2021

WBGU (2011): Welt im Wandel. Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation; Zusammenfassung für Entscheidungsträger. Berlin: Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU), siehe <https://www.wbgu.de/de/publikationen/publikation/welt-im-wandel-gesellschaftsvertrag-fuer-eine-grosse-transformation>.

WBGU (2016): Der Umzug der Menschheit: Die transformative Kraft der Städte. Berlin, siehe <https://www.wbgu.de/de/publikationen/publikation/der-umzug-der-menschheit-die-transformative-kraft-der-staedte>, beide zuletzt abgerufen am 03.03.2023

Wékel, Julian et al., Institut für Städtebau und Wohnungswesen (ISW) der DASL (Hrsg.) (2016): Planungspraxis deutscher Städte – neue Materialien zur Planungskultur, Bonn, siehe <https://www.staedtetag.de/files/dst/docs/Publikationen/Weitere-Publikationen/Archiv/planungspraxis-deutscher-staedte-april-2016.pdf>, zuletzt abgerufen am 03.03.2023

Wékel, Julian et al., Institut für Städtebau und Wohnungswesen (ISW) der DASL (Hrsg.) (2018): 51 Projekte: Planungspraxis kleiner und mittlerer Städte in Deutschland – neue Materialien zur Planungskultur, München, siehe <https://www.staedtetag.de/files/dst/docs/Publikationen/Weitere-Publikationen/Archiv/staedtebau-planungspraxis-staedte-dokumentation-2018.pdf>, zuletzt abgerufen am 03.03.2023

Wissenschaftstiftung (o.D.): Wissen für Weltretter! Klimaschutz Zukunft Bauen, <https://norockscience.earth/suffizientes-bauen-und-wohnen/>, zuletzt abgerufen am 03.03.2023

Wuppertal Institut, Uwe Schneidewind (2014): Besser Anders Weniger – der Bericht zum db-Kongress, siehe https://epub.wupperinst.org/frontdoor/deliver/index/docId/5865/file/5865_Schneidewind.pdf, zuletzt abgerufen am 03.03.2023